

SoVD hält an Kernforderungen fest

Was gilt nach der Wahl?

Der SoVD ist eine maßgebliche Stimme, wenn es um Solidarität und soziale Gerechtigkeit geht. Die vom Verband erhobenen Kernforderungen bleiben weiterhin aktuell. Wir blicken daher noch einmal zurück, wie sich die Unionsparteien aus CDU und CSU vor der Wahl positioniert haben. Die einzelnen Punkte dürften auch die Suche nach einem Koalitionspartner bestimmen.

Sozialabbau stoppen – Armut bekämpfen

Im Hinblick auf die SoVD-Forderung nach mehr Verteilungsgerechtigkeit lehnen CDU/CSU Steuererhöhungen

ab. Eine sozial gerechtere Lastenverteilung wird somit unwahrscheinlich. Auch für eine Anhebung der Hartz-IV-Sätze sieht die Partei von Angela Merkel keinen Bedarf.

Engagiert für Menschen mit Behinderung

Die vom SoVD geforderte bessere berufliche Teilhabe behinderter Menschen wollen CDU und CSU weiterhin auf freiwilliger Basis erreichen. Unternehmen sollen also nicht zu einer höheren Beschäftigungsquote verpflichtet werden. Im Bereich der inklusiven Bildung sollen zudem die Förderschulen beibehalten werden.

Mehr soziale Sicherheit im Alter

Der SoVD bemängelt Kaufkraftverluste und in der Folge einen massiven Wertverfall bei den Renten. Dennoch stellen CDU/CSU die beschlossene Absenkung des Rentenniveaus nicht in Frage. Zur Bekämpfung der Altersarmut sollen durch die „Mütterrente“ alle Frauen bessergestellt werden, die vor 1992 Kinder bekommen haben. Damit gehen CDU und CSU auf eine Forderung ein, die auch der SoVD erhebt.

Ausbau der solidarischen Krankenversicherung

Das SoVD-Konzept einer Bürgerversicherung lehnen die bisherigen Regierungsparteien als „Einheitsversicherung“ ab. An den einseitigen Belastungen der Versicherten in Form von Zusatzbeiträgen wollen CDU und CSU festhalten. Die Parteien sprechen sich zwar für ei-



Foto: Joachim Baars

„Kanzlerin für Deutschland“: Das Wahlplakat vor der Bundesgeschäftsstelle bringt es auf den Punkt.

ne umfassende Prävention aus, konnten ein entsprechendes Gesetz jedoch bis heute nicht verabschieden (siehe Seite 1).

Pflegerrisiko solidarisch absichern

Unter Kanzlerin Merkel dürfte auch eine Pflege-Bürgerversicherung wenig Chancen haben. Hingegen werden die Forderungen des SoVD nach einer Stärkung der häuslichen Pflege und nach einer Neudefinition der Pflegebedürftigkeit unterstützt. Zur Finanzierung von Leistungsverbesserungen wollen CDU und CSU den Pflegebeitrag moderat erhöhen.

Schutz bei Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Nach Ansicht des SoVD muss die massive Zunahme prekärer Beschäftigungsformen, wie z.B. Minijobs und Leiharbeit, stärker reguliert werden. CDU und CSU sehen hier jedoch keinen Reformbedarf.

Auch ein bundeseinheitlich gesetzlicher Mindestlohn wird abgelehnt.

Frauen und Männer konsequent gleichstellen

CDU und CSU sprechen sich zwar für einen Ausbau der Kindertagesstätten aus. Gleichzeitig halten sie jedoch an dem vom SoVD kritisierten Betreuungsgeld fest. Eine berufliche Gleichstellung von Frauen und Männern soll durch eine Selbstverpflichtung von Unternehmen („Flexi-Quote“) erreicht werden.

Europa sozial gestalten

Der SoVD will verhindern, dass die sozialen Standards in Deutschland den Marktfreiheiten der EU untergeordnet werden. Demgegenüber sprechen sich CDU und CSU für eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit aus, um so mehr Wachstum und Beschäftigung in Europa zu erreichen.

SoVD war „Kompass für die Wahlentscheidung“

Im Vorfeld der Wahl bestimmten vor allem Personen die öffentliche Diskussion. Im Rahmen der Aktionsreihe „sozial-solidarisch-gerecht“ hat der SoVD die politischen Parteien dagegen mit konkreten Forderungen konfrontiert und somit dafür gesorgt, dass wieder über Inhalte gesprochen wurde. Große Beachtung in den Medien fanden beispielsweise die Konzepte des SoVD zur Bürgerversicherung oder für eine gesetzliche Rente, die den Lebensstandard sichert.

Anerkennung gebührt auch den vielen SoVD-Mitgliedern, die sich in den Orts- und Kreisverbänden engagiert haben. Hierzu war in der Bundesgeschäftsstelle extra ein spezieller Werkzeugkasten mit Material zur Bundestagswahl erstellt worden. Auch das im Internet eingerichtete Wahlportal wurde aktiv genutzt.



Fotos: Herbert Schlemmer / Steffi Rose

„Sozial, solidarisch, gerecht“: Der SoVD hat die Themen des Bundestagswahlkampfes maßgeblich mitbestimmt.

SoVD im Gespräch

Französische Delegation beim SoVD

Am 4. September begrüßte SoVD-Präsident Adolf Bauer eine Delegation des Secours Populaire Français (SPF), einem der größten Sozialverbände Frankreichs, in der Bundesgeschäftsstelle. Jean-Louis Durand-Drouhin, Mitglied des Nationalkomitees des SPF, sowie Karl Wiese, Ehrenmitglied des Verwaltungsrats und Mitglied der Pariser Föderation des SPF, waren auf Einladung des Bundesverbandes der Volkssolidarität für eine Woche in Berlin, um das Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern deutscher

Sozial- und Wohlfahrtsverbände zu suchen. Begleitet wurden sie von Dr. Alfred Spieler und Franziska Walt.

Ähnlich wie der SoVD hat auch der SPF erkannt, dass in Europa ein länderübergreifender Zusammenschluss von Sozialverbänden fehlt, um in Brüssel und Straßburg die Interessen von sozial schwachen Menschen noch wirkungsvoller zu vertreten. Aus Sicht beider Verbände ist es häufig schwer, eigene Schwerpunktthemen in bereits existierenden großen Netzwerken wie der Social Platform wirkungsvoll zu platzieren.

Präsident Bauer begrüßte den Wunsch der SPF nach einem intensiveren Austausch und der Prüfung von weitergehenden Kooperationsmöglichkeiten

ausdrücklich. Er unterstrich die Notwendigkeit, der EU eine soziale Dimension zu geben und dazu das Gewicht der Sozialverbände in Brüssel zu stärken. Der SoVD sei bereit, dazu gemeinsam mit der Volkssolidarität und dem SPF zu prüfen, wie dieses Anliegen auch direkt gegenüber der Kommission wirksamer vertreten werden könne. Spätestens mit dem EU-Fiskalpakt müsse klar sein, dass es nicht mehr ausreiche, sozialpolitische Interessenvertretung als rein nationale Angelegenheit zu betreiben.

Zum Abschluss des Gesprächs sprachen sowohl der Präsident als auch die Gäste gegenseitige Einladungen aus. Es wurde angeregt, die Möglichkeiten gemeinsamer Projekte zu prüfen.



Foto: Mike Minehan

V.l.: Gaby Hesseken (SoVD), Dr. Alfred Spieler und Franziska Walt (beide Volkssolidarität), Jean-Louis Durand-Drouhin (Mitglied des Nationalkomitees des SPF), Karl Wiese (Ehrenmitglied des Verwaltungsrats SPF), Adolf Bauer (SoVD-Präsident), Stephanie Rinke (SoVD).